

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 66/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Bela S [REDACTED],

[REDACTED] L. [REDACTED] Place, B. [REDACTED], [REDACTED], USA,

- Prozeßbevollmächtigter:

Klägerin und Beschwerdeführerin,

Rechtsanwalt Dr. [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land B e r l i n ,

vertreten durch den Senator für Inneres,

Berlin 30, Potsdamer Str. 186,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Juli 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Sorn, Henkel, Fuchs und Portmann beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 17. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 7. Juli 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

Schluss

Ein Zulassungsgrund des § 219 Abs. 2 ZPO liegt nicht vor.

Am 27. September 1966 beantragte die Klägerin Entschädigung für Schaden an Körper oder Gesundheit, die sie durch die verfolgungsbedingte Flucht in die Sowjetunion erlitten habe. Gleichzeitig suchte sie um Wiedereinsetzung in die Frist des § 189 Abs. 1 Satz 2 ZPO nach mit der Begründung, es sei unbekannt, daß Entschädigungsansprüche wie die ihren erst nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gestellt werden könnten; davon habe sie erst vor kurzer Zeit erfahren. Ihre eidesstattliche Versicherung vom 20. September 1966 gibt nur vorgedruckte Wiedereinsetzungsgründe in formelhaften Wendungen wieder.

- 3 -

Das Kammergericht hat diese Begründung im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs RSW 1971, 510; 1973, 96 als ungenügend und deshalb das Gesuch als unzulässig angesehen. Bei dieser Würdigung hat der Tatrichter den vorgedruckten Wendungen der eidesstattlichen Versicherung vom 20. September 1966, die offensichtlich wahllos für eine Vielzahl von Antragstellern ohne Rücksicht auf die Umstände des Einzelfalles entworfen waren, keine Bedeutung beigemessen. Das ist hier nicht zu beanstanden.

Eine Darstellung der für die Klägerin maßgebenden Wiedereinsetzungsgründe ist am 4. Dezember 1967 nachgebracht worden. Dieser Vortrag ist verspätet und nicht geeignet, die ungenügende Begründung des Gesuchs vom September 1966 zu ergänzen. Denn es fehlt jeder Anhalt, daß die Klägerin schuldlos erst 14 Monate später ihre Behauptungen nachgeschoben hat. Auch das hat der Tatrichter ohne Abweichung von der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (RSW 1972, 27) dargelegt. Ein der sogenannten Kölner Praxis (BGH RSW 1968, 331) vergleichbarer Fall liegt nicht vor.



Die von der Beschwerde aufgeworfenen Rechtsfragen
hat der Bundesgerichtshof entschieden.

Mai

Fuchs